

7498/AB**vom 11.10.2021 zu 7620/J (XXVII. GP)****bmk.gv.at**

= Bundesministerium
 Klimaschutz, Umwelt,
 Energie, Mobilität,
 Innovation und Technologie

Leonore Gewessler, BA
 Bundesministerin

An den
 Präsident des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

leonore.gewessler@bmk.gv.at
 +43 1 711 62-658000
 Radetzkystraße 2, 1030 Wien
 Österreich

Geschäftszahl: 2021-0.567.051

11. Oktober 2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Hafenecker und weitere Abgeordnete haben am 11. August 2021 unter der **Nr. 7620/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Jobabbau bei den Austrian Airlines trotz 450 Millionen Euro Staatshilfe und von Bundesregierung versprochener Arbeitsplatzsicherung gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *Wurde zwischen der Bundesregierung und der Lufthansa Group die Sicherung von Arbeitsplätzen bei der AUA vereinbart?*
 - a. *Wenn ja, inwiefern ist dies mit den Abbauplänen des Unternehmens vereinbar?*
 - b. *Wenn ja, wird die Bundesregierung juristische Schritte gegen diese somit offensichtliche Vertragsverletzung einleiten?*
 - c. *Wenn nein, warum nicht?*
 - d. *Wenn nein, auf welcher Grundlage trafen Sie dann Ihre Aussage, wonach „die Rettung dieser zahlreichen Arbeitsplätze“ einer der Hauptgründe für die Unterstützung der AUA mit 450 Millionen Euro Steuergeld gewesen sei?*
- *Warum wird der vollständige Vertrag über die AUA-Rettung von der Bundesregierung bis dato geheim gehalten?*
 - a. *Aus welchen Gründen wird den Bürgern das Recht verwehrt, zu erfahren, was genau um 450 Millionen Euro ihrer Steuergelder mit der Lufthansa Group verhandelt wurde?*
 - b. *In der Beantwortung der Anfrage 2309/J gaben Sie an, nicht für diesen Vertrag zuständig zu sein, wie konnten Sie dann den Verhandlungsverlauf öffentlich kommentieren und Inhalte bei der Einigungspräsentation bekannt geben?*
 - c. *Wann wird dieser Vertrag der Öffentlichkeit zugänglich gemacht?*

Es wird auf die Beantwortung der Anfrage 2309/J vom 17. Juni 2020 verwiesen.

Leonore Gewessler, BA

